

Mitteilung für die Homepage & Mitgliederrundschreiben

08.03.2016

Freie Wähler Landesvorsitzender Wolfgang Faißt mit dem geschäftsführenden Vorstand beim Antrittsbesuch und kommunalpolitischen Gedankenaustausch bei SPD-Landtagsfraktionsvorsitzendem Claus Schmiedel, MdL, und mit dem SPD-Landesgeschäftsführer Marten Jennerjahn

Am 7. März 2016 besuchte der Freie Wähler Landesvorsitzende BM Wolfgang Faißt mit den geschäftsführenden Vorständen Roland Henke, Ralph Schäfer und Monika Springer den SPD-Landtagsfraktionsvorsitzenden Claus Schmiedel, MdL, zur Erörterung der aktuellen kommunalen Handlungsfelder. Auch wichtige Punkte der Wahlprüfsteine „D R A N“ (Demografie-Regionalentwicklung-Arbeitsplätze/Arbeitskräfte-Nachhaltigkeit/Infrastruktur/ Verkehr/Energie) wurden diskutiert.

Claus Schmiedel erklärte, dass ihm der enge Kontakt mit den Kommunalen Landesverbänden und mit den Freien Wählern sehr wichtig sei.

Landesvorsitzender Wolfgang Faißt nahm Bezug auf die letzte Jahreshauptversammlung der Freien Wähler des Landesverbands Baden-Württemberg in Wiesloch, bei der sich der Landesverband mit einer neuen Satzung und einem neuen Landesvorstand neu aufgestellt hat.

Die Wahlprüfsteine der Freien Wähler „**DRAN** – Demografie, Regionalentwicklung, Arbeitsplätze-Arbeitskräfte, Nachhaltigkeit (Infrastruktur, Verkehr, Energie, Tourismus)“ bestimmten den Diskussionsverlauf mit dem SPD-Fraktionsvorsitzenden.

Zum Thema Migration- und Integration erklärte Claus Schmiedel, dass spätestens in den 2020er Jahren etwa 6 Millionen Arbeitskräfte fehlen und dass es gelte, viele Flüchtlinge, die bei uns ankommen in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Das Land sei für die bis 20-Jährigen zuständig, und im Bildungsbereich seien von Seiten des Landes bereits wichtige Weichen für die Integration der Flüchtlinge gestellt worden. Für die über 20-Jährigen sei die Agentur für Arbeit für die Integration in den Arbeitsmarkt zuständig.

Was die Unterbringung und Integrationsarbeit auf kommunaler Ebene anbelangt, gibt es die Zusage des Landes hinsichtlich der Spitzabrechnung der Kosten für die vorläufige Unterbringung, und derzeit gibt es Gespräche, um eine faire Lösung auch für die Kommunen und die Anschlussunterbringung in deren Zuständigkeit zu finden, so der SPD-Fraktionsvorsitzende.

- 2 -

Zur Bildungspolitik erläuterte Claus Schmiedel, dass es zwei Säulen gebe. Zum einen sei dies das Gymnasium. Zum anderen sei dies die Realschule und die Gemeinschaftsschule. Das Gymnasium bleibe in der bisherigen Form eine wichtige Säule des Bildungssystems Baden-Württembergs, wobei es in Klasse 10 eine Verbesserung der individuellen Förderung zur Vorbereitung auf die Kursstufe geben soll. Auch im Bereich Coaching, d.h. für das Vermitteln eines systematischen Lernens wird noch etwas getan werden. Auf der anderen Seite stehe die Gemeinschaftsschule mit ihren differenzierten Angeboten und die Realschule mit ihrem Angebot der Mittleren Reife bzw. des Hauptschulabschlusses. Wenn mindestens 2 Realschulklassen und 3 Gemeinschaftsschulklassen bestehen, können diese auch zu einer Verbundschule werden. Werden diese Klassenzahlen nicht erreicht, kann trotzdem eine Verbundschule entstehen, welche dann nach 5 Jahren zur Gemeinschaftsschule werde.

Im Zusammenhang mit der Unterbringung von Flüchtlingen, aber insgesamt auch wegen der Zuzüge nach Baden-Württemberg als wirtschaftlich florierendes Land, hält Claus Schmiedel eine gelingende Wohnungspolitik, insbesondere den sozialen Wohnungsbau für sehr wichtig. Hierfür seien vom Land Baden-Württemberg bereits zusätzliche Gelder zur Verfügung gestellt worden. Diese werden allerdings nicht ausreichen, so dass unbedingt auch der Bund seinen Beitrag hierfür leisten müsse. Auf den Hinweis des Landesvorsitzenden Wolfgang Faißt, dass es dringend auch darum gehen müsse, Baustandards für den Bereich sozialen Wohnungsbau zu senken, erklärte Claus Schmiedel, dass es hier bereits Gespräche mit den Kommunalen Landesverbänden gebe, diese Standardabsenkungen näher zu definieren. Das Thema sei aber sehr komplex, da diese Sozialwohnungen nach der Bindungsfrist auf dem freien Wohnungsmarkt konkurrenzfähig sein müssten.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Claus Schmiedel machte auch deutlich, dass die aktuelle Wohnungsnot sehr deutlich mache, dass nur mit Innenentwicklung der bestehende Bedarf nie gedeckt werden kann und deshalb genügend Fläche auch in den Außenbereichen per Bebauungsplanverfahren zur Verfügung gestellt werden müssen.

Des Weiteren trugen die Freien Wähler vor, dass das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum (ELR) wie auch das Landessanierungsprogramm (LSP) wichtige Instrumente regionaler Wirtschaftsförderung mit hoher Wertschöpfung sind, die überdies Arbeitsplätze im Bauhandwerk sichern und immer wichtigeren innerörtlichen Wohnraum schaffen und sichern. Deshalb müssen diese beiden Förderprogramme im Sinne einer guten Innenentwicklung nicht nur erhalten, sondern ausgebaut werden. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Claus Schmiedel erklärte, dass er seit Jahren ein Verfechter dieser beiden Förderprogramme als wichtigen Instrumenten der Stadt- bzw. Gemeindeentwicklung sei.

Der Landesvorsitzende BM Wolfgang Faißt ging im Folgenden darauf ein, dass wir in Baden-Württemberg eine nachhaltige und ausgewogenere Infrastrukturpolitik brauchen. Die Basis der Erfolgsgeschichte unseres Bundeslandes seien leistungsfähige Kommunen mit einer intakten wie auch zunehmend intelligenten Infrastruktur, sowohl was den Verkehr als auch die Breitbandversorgung angeht. Probleme mit vielen Staus und Feinstaub können nicht mit Verboten sondern müssen ebenso intelligent und mit bedarfsgerechten Mitteln gelöst werden. Deshalb müsse zum

- 3 -

Beispiel auch konkret über Lösungsmöglichkeiten des fehlenden Nordoststrings der Region Stuttgart gesprochen werden. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Claus Schmiedel erklärte, dass der Ausbau der Breitbandversorgung für ihn ein Thema der Daseinsvorsorge sei, wofür es einen Anschlusszwang im Sinne des Erschließungsrechts geben müsste. So könnte der Anteil der Home-Arbeitsplätze deutlich erhöht und im gleichen Zuge Verkehrsbelastungen auf den Straßen reduziert werden. Den Unternehmen müsse man flexibel den Zugang eröffnen, auch sporadisch Hochleistungskapazitäten in Anspruch nehmen zu können. Was die notwendige Sanierung der Verkehrsinfrastruktur anbelangt, so stellt das Land Baden-Württemberg bereits 100 Mio. € für Straßensanierungen und 20 Mio. € für Brückensanierungen pro Jahr zur Verfügung. Was aber noch viel mehr wiegt, ist der kommunale Sanierungsbedarf bei zu sanierenden Brücken von Bundesstraßen in der Baulast der Städte und Gemeinden. Hier stehe ein Betrag von 200 Mio. € im Raum, und er sehe die Notwendigkeit eines Sonderprogramms, bei dem auch der Bund finanziell in die Pflicht genommen werden muss.

Schließlich betonte Wolfgang Faißt, dass eine stärkere Einbeziehung der Freien Wähler des Landesverbandes Baden-Württemberg in landespolitischen Gremien und auch bei kommunal relevanten Gesetzgebungsverfahren dringend erforderlich sei.

SPD-Fraktionsvorsitzender Claus Schmiedel zeigte sich offen für weitere Gespräche mit dem Landesverband der Freien Wähler. Sollte der Wunsch nach einem regelmäßigen Jour-Fix bestehen, so stehe er hierfür gerne zur Verfügung.

Ansprechpartner bei weiteren Fragen:

Landesvorsitzender BM Wolfgang Faißt
Mobil: 0163 – 7061 120
Festnetz Stadt Renningen: 07159-924-120

Landesgeschäftsführer Friedhelm Werner
Mobil: 0171 – 621 8878
Festnetz: 0711 – 640 48 35